

Antrag Nr. 19-F-08-0020

L&P

Betreff:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 13.03.2019 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden hat in der Sitzung am 15. März 2018 Nutzungsgebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete beschlossen. Dort ist geregelt, dass unter bestimmten Voraussetzungen Unterbringungsgebühren in Höhe von 360 € pro Person von den Bewohnern zu zahlen sind.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Personen werden zur Zahlung der 360 € Unterbringungsgebühr herangezogen?
2. Wie viele Familien sind hiervon betroffen?
3. Wie viele Einzelpersonen sind betroffen?
4. Wie viele sind minderjährig?
5. Wie viele Widersprüche wurden gegen die Erhebung der Gebühren eingelegt?
6. Wie viele dieser Widersprüche wurden abgelehnt?

Wiesbaden, 13.03.2019

gez. Ingo von Seemen
Stadtverordneter

f.d.R. Gunther Praml
Fraktionsmitarbeiter